

300,- Gewinnzulage für Brennpunktlehrer

Beitrag von „Das Pangolin“ vom 30. November 2017 20:55

Das habe ich an anderer Stelle gelesen (siehe Link). Das finde ich eigentlich gut.

Zitat von Zitat

“Gewinnzulage an Brennpunktschulen

Um Brennpunktschulen zu helfen, voll ausgebildete Lehrer zu bekommen, wird es eine Gewinnzulage geben: In Schulen ab 70 Prozent Schüleranteil aus Familien mit geringem Einkommen soll die Zulage 300 Euro betragen. Das würde rund 3650 Lehrkräfte betreffen.”

<http://www.tagesspiegel.de/berlin/doppelh...n/20646796.html>

Aber ich habe doch ein paar Fragen dazu:

- 1.) *Wie verträgt sich das mit dem "gleichen Lohn für gleiche Arbeit"?*
- 2.) *Wie verträgt sich das mit der Argumentation, Lehrer bekämen ihr Gehalt nach Ausbildung nicht nach Leistung/Einsatz usw.?*
- 3.) *Inwiefern erleichtert das den Brennpunktlehrern (die meinen höchsten Respekt haben) die Arbeit? Oder soll es nur die individuelle Stundenreduzierung erleichtern (Teilzeit)?*
- 4.) *Wird das nicht neue Ungerechtigkeits-Debatten hervorrufen, wenn es an der Schule "nur" 65% Eltern mit geringem Familieneinkommen gibt statt 70%? (Und was ist, wenn eine Familie umzieht und man dadurch unter die 70%-Grenze sinkt?)*

Ich glaube, Brennpunktlehrern hätte es besser gefallen und mehr geholfen, wenn sie statt der 300,- Euro Zulage eine **Senkung ihrer Stundenverpflichtung (z.B. um 2-4 Stunden) und eine deutliche Senkung der Klassengrößen (z.B. auf 18 Kinder)** und einen massiven Abbau der Bürokratie bekommen hätten, als dass sie künftig 5600,- statt 5300,- Euro brutto verdienen (Berlin, A 13, Erfahrungsstufe 5 bei Einstellung - wer's nicht glaubt, siehe Link).

Gibt es hier "Brennpunktlehrer"? Was sagt ihr?

Beitrag von „Das Pangolin“ vom 30. November 2017 21:51

Ich bin jedenfalls nach wie vor der Meinung, einfach nur mehr Gehalt löst keines unserer Probleme im Schulalltag.

Beitrag von „wossen“ vom 30. November 2017 22:17

Zitat

und einen massiven Abbau der Bürokratie bekommen hätten, als dass sie künftig 5600,- statt 5300,- Euro brutto verdienen (Berlin, A 13, Erfahrungsstufe 5 bei Einstellung - wer's nicht glaubt, siehe Link).

Das ist nicht A 13, sondern E 13 (netto bleibt da natürlich weiterhin in Berlin weniger als beim Beamtengehalt A 13).

Nuja, Erschwerniszulagen sind im öffentlichen Dienst in anderen Bereichen durchaus eingeführt (wenngleich bei Tarifbeschäftigte oftmais mit symbolischen Charakter). Aber im Schulbereich?

Förderschulen und Hauptschulen müssten dann wohl generell darunter fallen - ich weiß nicht, eigentlich ist jede pädagogische Arbeit schwer (okay, wenn alle die Zulage kriegen würden..)

Beitrag von „Conni“ vom 30. November 2017 22:23

Zitat von sofawolf

Das habe ich an anderer Stelle gelesen (siehe Link). Das finde ich eigentlich gut.

Aber ich habe doch ein paar Fragen dazu:

1.) *Wie verträgt sich das mit dem "gleichen Lohn für gleiche Arbeit"?*

2.) *Wie verträgt sich das mit der Argumentation, Lehrer bekämen ihr Gehalt nach Ausbildung nicht nach Leistung/Einsatz usw.?*

3.) *Inwiefern erleichtert das den Brennpunktlehrern (die meinen höchsten Respekt haben) die Arbeit? Oder soll es nur die individuelle Stundenreduzierung erleichtern*

(Teilzeit)?

4.) *Wird das nicht neue Ungerechtigkeits-Debatten hervorrufen, wenn es an der Schule "nur" 65% Eltern mit geringem Familieneinkommen gibt statt 70%? (Und was ist, wenn eine Familie umzieht und man dadurch unter die 70%-Grenze sinkt?)*

Ich glaube, Brennpunktlehrern hätte es besser gefallen und mehr geholfen, wenn sie statt der 300,- Euro Zulage eine **Senkung ihrer Stundenverpflichtung (z.B. um 2-4 Stunden) und eine deutliche Senkung der Klassengrößen (z.B. auf 18 Kinder)** und einen massiven Abbau der Bürokratie bekommen hätten, als dass sie künftig 5600,- statt 5300,- Euro brutto verdienen (Berlin, **E13**, Erfahrungsstufe 5 bei Einstellung - wer's nicht glaubt, siehe Link).

Gibt es hier "Brennpunktlehrer"? Was sagt ihr?

Alles anzeigen

1.: Im Moment handelt es sich um Politiker-Luftschlösser. Ich glaube es, wenn ich es live sehe.

2.: Dieses Argument ist derzeit am wanken, siehe E13/A13, daher gehe ich hier nicht drauf ein, die Debatte führt das Forum in einem anderen Thread.

Es ist ein Versuch, überhaupt wieder ausgebildete Lehrer an Brennpunktschulen holen. Denn im Moment bilden die Lehrer, die eh schon am Limit / über dem Limit arbeiten, Quereinsteiger aus, lernen sie ein, betüddeln und bemuttern sie teilweise, damit diese dann zu einem schmerzhaften Prozentsatz aufgeben und wieder weg sind. Entlastung dafür gibt es nicht wirklich. Die Lehrer an Brennpunktschulen werden quasi doppelt gestraft. Immerhin zeigt es, dass das Problem mal wahrgenommen wurde. Eine gute Lösung ist es m.M.n. nicht.

3.: Gar nicht. Es gibt einige, die auf Teilzeit gehen, weil sie es nicht mehr schaffen. Ich habe bereits darüber nachgedacht. Ja, es erleichtert den Schritt zum Teilzeitantrag. Nein, Erholung, Stressreduktion und Gesundheit kann man sich nur bedingt (bis nicht) kaufen.

4.: Ja, natürlich. Zumal ungeklärt ist, was "geringes Familieneinkommen" ist. An meiner Schule haben z.B. unter 70% der Schüler (aber deutlich über 50%) Leistungen nach dem BUT-Gesetz. Schulbuchzuzahlungsbefreit sind - soweit ich es überblicke - 70 bis 75%. Es ist bislang ungeklärt was zählt.

Senkung der Pflichtstundenzahl und der Klassengrößen: Ja, das wäre viel hilfreicher, als eine Zulage, von der ein gewisser Teil dann für die Steuerprogression draufgeht.

Beitrag von „Volker_D“ vom 30. November 2017 22:26

Vorweg: Ich bin kein (Berliner)-Brennpunktlehrer.

zu 1) Sehe ich kein Problem, da die Arbeit nicht die gleiche ist.

zu 2) Ich verstehe das Argument nicht.

zu 3) Ich vermisse es hilft mehr oder weniger gar nichts. Stundenentlastung + kleinere Klassen sind vermutlich sinnvoller.

zu 4) Ja, aber auch da sehe ich kein Problem. Eine Grenze festlegen und fertig. Meinetwegen fließende Grenzen (Wie bei der Einkommenssteuer, ...). Solche "Ungerechtigkeiten" gibt es schon jetzt sehr viele und es ist unmöglich solche Ungerechtigkeiten abzuschaffen. Man kann nicht alles gleich machen.

Beitrag von „Lindbergh“ vom 30. November 2017 23:54

Als erster Schritt der Anerkennung der erschweren Arbeitsbedingungen ist eine Gehaltserhöhung sicher eine nette Sache, aber langfristig sollte man eher daran arbeiten, dass der Anteil von Schülern aus Familien, die Transferleistungen erhalten, in dem Ausmaß sinkt, dass es auf absehbare Zeit schlichtweg keine Brennpunktschulen nach der vorgelegten Definition (also mit mindestens 70% Schülern aus Geringverdienerfamilien) mehr gibt. "arm aber sexy" hin oder her - ich finde es beschämend, dass die deutsche Hauptstadt (!) es nicht in den Griff zu bekommen scheint, sich der Verbesserung der Lebens- und Wohnbedingungen in seinen Brennpunkten zu widmen. Die Problematik ist ja nicht erst seit gestern bekannt und scheint sich in den letzten paar Jahren eher verschlimmert statt verbessert zu haben. Dafür Geld bereitzustellen, wäre mal eine sinnvolle Investition, von der die Stadt Berlin auch langfristig etwas hätte, da es schließlich um die nächste Generation, die später mal maßgeblich den gesellschaftlichen Ton angeben wird, handelt.

Beitrag von „Mikael“ vom 1. Dezember 2017 00:29

Die Zulage geht schon einmal in die richtige Richtung, müsste aber viel höher sein. Für 300 Euro Brutto (=150 Euro netto für einen angestellten Lehrer) geht doch keiner freiwillig in eine "Brennpunktschule" und holt sich einen Burnout oder eine Depression. Will man da wirklich (gute) Leute gewinnen, müsste die Zulage VIEL höher sein, eher 30% als 300 Euro. 1500 Euro

Mimuminum würde ich ansetzen. Wenn es die Bildungspolitik wirklich ernst meint, muss sie richtig Geld in die Hand nehmen. Aber es wird wohl wieder auf ein paar "Idealisten" (= Deppen) gehofft, die sich so etwas wegen der paar Kröten extra antun...t

Gruß !

Beitrag von „Moebius“ vom 1. Dezember 2017 06:43

Deutsche Soldaten erhalten bei Auslandseinsätzen wesentlich höhere Zulagen, und das steuerfrei. Die Sicherheitslage in einer Berliner Brennpunktschule dürfte mit der in Kundus durchaus vergleichbar sein.

Beitrag von „frkoletta“ vom 1. Dezember 2017 07:34

Zitat von sofawolf

als dass sie künftig 5600,- statt 5300,- Euro brutto verdienen (Berlin, A 13, Erfahrungsstufe 5 bei Einstellung - wer's nicht glaubt, siehe Link).

E (!!!!!) 13! Wie oft noch?

Beitrag von „frkoletta“ vom 1. Dezember 2017 07:37

Zitat von Connii

4.: Ja, natürlich. Zumal ungeklärt ist, was "geringes Familieneinkommen" ist. An meiner Schule haben z.B. unter 70% der Schüler (aber deutlich über 50%) Leistungen nach dem BUT-Gesetz. Schulbuchzuzahlungsbefreit sind - soweit ich es überblicke - 70 bis 75%. Es ist bislang ungeklärt was zählt.

Ist es nicht. Der Tagesspiegel drückt sich einfach nur sehr schwammig aus. Gemeint sie die lehrmittelbefreiten Elternhäuser, also die, die die Bücher von der Schule bekommen, keine Wandertage bezahlen müssen etc.

Beitrag von „Conni“ vom 1. Dezember 2017 08:43

Zitat von frkoletta

Ist es nicht. Der Tagesspiegel drückt sich einfach nur sehr schwammig aus. Gemeint sie die lehrmittelbefreiten Elternhäuser, also die, die die Bücher von der Schule bekommen, keine Wandertage bezahlen müssen etc.

Ok, nochmal:

Bei uns:

Keine Wandertage bezahlen: ca. 50%

Lehrmittelbefreit: ca. 70%

Beitrag von „frkoletta“ vom 1. Dezember 2017 09:18

Zitat von Conni

Ok, nochmal: Bei uns:

Keine Wandertage bezahlen: ca. 50%

Lehrmittelbefreit: ca. 70%

Oh verstehe. Bei uns deckt sich das nämlich bzw. in den Klassen, mit denen ich diesbzgl. zu tun hatte. Ich denke dennoch, dass es sich um lehrmittelbefreite Kinder handeln wird. Denn ab 70% soll es die geben und allzu viele Schulen mit diesen 70% gibt es dann doch nicht also wäre das die günstigste Rechnung für den Senat. Frage mich dennoch, was die 300€ bringen sollen, denn das sind dann weniger als 150€ netto bei Angestellten, die ja doch in der Mehrzahl sind (?), durch das hohe Gesamtbrutto. Da müsste man, wie Foren-Trump es schriebt, schon mal richtig was als Gefahrenzulage in die Hand nehmen. Aber 1500€ sind utopisch für Berlin.

Beitrag von „Morse“ vom 1. Dezember 2017 09:45

Zitat von sofawolf

- 1.) Wie verträgt sich das mit dem "gleichen Lohn für gleiche Arbeit"?
- 2.) Wie verträgt sich das mit der Argumentation, Lehrer bekämen ihr Gehalt nach Ausbildung nicht nach Leistung/Einsatz usw.?
- 3.) Inwiefern erleichtert das den Brennpunktlehrern (die meinen höchsten Respekt haben) die Arbeit? Oder soll es nur die individuelle Stundenreduzierung erleichtern (Teilzeit)?
- 4.) Wird das nicht neue Ungerechtigkeits-Debatten hervorrufen, wenn es an der Schule "nur" 65% Eltern mit geringem Familieneinkommen gibt statt 70%? (Und was ist, wenn eine Familie umzieht und man dadurch unter die 70%-Grenze sinkt?)

Man merkt: die Höhe des Verdiensts richtet sich nach Angebot und Nachfrage.

So etwas wie einen "fairen Lohn" gibt es nicht.

All die vermeintlichen Argumente wie "gleicher Lohn für gleiche Arbeit", "Gehalt nach Ausbildung", "Leistungsgerechtigkeit" sind nur Alibis um höheren Verdienst zu fordern oder Verdienst zu senken.

Die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt - unter Arbeitnehmern um Arbeitsplätze - unter Arbeitgebern um Arbeitnehmer - die ist es, die festlegt wer warum wie viel verdient. Alles andere ist PR.

Beitrag von „Das Pangolin“ vom 1. Dezember 2017 14:37

Zitat von Mikael

Die Zulage geht schon einmal in die richtige Richtung, müsste aber viel höher sein. Für 300 Euro Brutto (=150 Euro netto für einen angestellten Lehrer) geht doch keiner freiwillig in eine "Brennpunktschule" und holt sich einen Burnout oder eine Depression. Will man da wirklich (gute) Leute gewinnen, müsste die Zulage VIEL höher sein, eher

30% als 300 Euro. 1500 Euro Minimum würde ich ansetzen. Wenn es die Bildungspolitik wirklich ernst meint, muss sie richtig Geld in die Hand nehmen. Aber es wird wohl wieder auf ein paar "Idealisten" (= Deppen) gehofft, die sich so etwas wegen der paar Kröten extra antun...t

Gruß !

Ich gönne den Kollegen an Brennpunktschulen, die es wohl in jeder Großstadt gibt, wirklich jeden Cent mehr.

Ich meine nur, mit mehr Geld wird ihnen der Arbeitsalltag kein bisschen leichter gemacht und das ist doch das, was gerade diese Kollegen brauchen, um den Schulalltag zu meistern (weniger Stundensoll, kleinere Klassen usw.-usf.)

Was nützen theoretische 1500,- Euro Zulage, wenn sich an den Arbeitsbedingungen nichts verbessert? Dann geht man eben mit (vereinfacht) 6500,- brutto in den Burnout. Wem nützt das?

Beitrag von „Das Pangolin“ vom 1. Dezember 2017 14:38

Zitat von Morse

...

So etwas wie einen "fairen Lohn" gibt es nicht.

All die vermeintlichen Argumente wie "gleicher Lohn für gleiche Arbeit", "Gehalt nach Ausbildung", "Leistungsgerechtigkeit" sind nur Alibis um höheren Verdienst zu fordern oder Verdienst zu senken. ...

Darin stimme ich dir zu.

Beitrag von „Morse“ vom 1. Dezember 2017 17:42

Der Hartz IV Regelsatz wird ab 1.1. um 6 Euro erhöht - bei Alleinstehenden sogar um 7 Euro! Und jetzt auch noch Sonderzulagen für Brennpunktschulen! Verwöhnt der Staat die Armen in unserem Land nicht doch zu sehr?

Beitrag von „Das Pangolin“ vom 1. Dezember 2017 17:44

Zitat von Morse

Der Hartz IV Regelsatz wird ab 1.1. um 6 Euro erhöht - bei Alleinstehenden sogar um 7 Euro! Und jetzt auch noch Sonderzulagen für Brennpunktschulen! Verwöhnt der Staat die Armen in unserem Land nicht doch zu sehr?

Danke für den Hinweis.

Beitrag von „Mikael“ vom 1. Dezember 2017 17:57

Kein Wunder, dass potentielle Leistungsträger nicht mehr Lehrer werden wollen, wenn einige die Lehrergehälter schon mit staatlichen Sozialleistungen gleichsetzen...

Gruß !

Beitrag von „Morse“ vom 1. Dezember 2017 18:02

Ich würde die Zulage eher als Schmerzensgeld bezeichnen! 😊

Beitrag von „Miss Jones“ vom 1. Dezember 2017 18:56

Zitat von Morse

Der Hartz IV Regelsatz wird ab 1.1. um 6 Euro erhöht - bei Alleinstehenden sogar um 7 Euro! Und jetzt auch noch Sonderzulagen für Brennpunktschulen! Verwöhnt der Staat die Armen in unserem Land nicht doch zu sehr?

...das zeigt vielmehr, wie realitätsfremd die Politik ist... der blanke Hohn, diese Möchtegern erhöhungen...

...ist euch in den letzten Tagen und Wochen zB mal beim Einkauf aufgefallen, wie sich die Preise bei den Milchprodukten entwickelt haben? Mal eben so 20% drauf - wieso? Die Ware ist doch dieselbe, und ich bezweifle ernsthaft, so irgendwelchen Bauern "faire Löhne" ausgeben zu können, das werden sich wieder andere einsacken...

Nimm mal den Liter Milch, der von 65 Cent "mal eben" auf 78 Cent gestiegen ist. Wir reden von Grundnahrungsmitteln...

Und dementsprechend... dieser "Bonus" für solche, die "freiwillig an Brennpunktschulen" gehen, ist vielleicht ein Hilfeschrei, denn diese Schulen haben immer mehr Lehrerausfälle, und natürlich will da niemand hin, wo täglich mehrmals Polizei und RTW aufschlagen... vielleicht sollte man mal was an den Schulen ändern... oder eher am Publikum... aber dazu gabs ja schon andere Threads.

"Brennpunkt" hat nicht zwingend etwas mit geringem Einkommen und/oder Migrationshintergrund zu tun, aber oftmals trifft es sich eben da und potenziert sich noch. Mehr Personal für weniger SuS wäre schon mal ein möglicher Ansatz...

Beitrag von „Morse“ vom 1. Dezember 2017 19:18

Ich halte die Politik nicht für "realitätsfremd"!

Es ist schlicht nicht das Ziel eines Staats Armut abzuschaffen, sondern lediglich diese Armut bestimmten Regeln zu unterwerfen, zu verwalten.

Auch sog. "geringfügig Beschäftigte" brauchen eine Fallhöhe bzw. Motivation, ihre Arbeitskraft für so wenig Geld zu verkaufen. Es könnte für sie ja noch schlimmer kommen!

Das belebt die Konkurrenz und schafft Wachstum. Davon profitieren nicht alle, aber zumindest die Reichen, die unserem Staat seine Ziele setzen.

Die Brennpunkt-Lehrer-Zulage erinnert mich an unsere Diskussion über "leistungsgerechte" Bezahlung für Lehrer. Dort hatte ich mal wiedergegeben welche Vorstellungen eine leitende Person des RPs von einer Leistungsmessung für Lehrer hatte, mittels eines Sozialfaktors, ähnlich wie bei der Brennpunkt-Zulage.

Beitrag von „Das Pangolin“ vom 1. Dezember 2017 20:34

[@Morse,](#)

ich mag zwar nicht recht zustimmen, aber ich denke, Sie beschreiben die Realität, wie sie ist.

Beitrag von „Das Pangolin“ vom 1. Dezember 2017 20:37

[Zitat von Miss Jones](#)

...

Und dementsprechend... dieser "Bonus" für solche, die "freiwillig an Brennpunktschulen" gehen, ist vielleicht ein Hilfeschrei, denn diese Schulen haben immer mehr Lehrerausfälle, und natürlich will da niemand hin, wo tagtäglich mehrmals Polizei und RTW aufschlagen... vielleicht sollte man mal was an den Schulen ändern... oder eher am Publikum... aber dazu gabs ja schon andere Threads.

"Brennpunkt" hat nicht zwingend etwas mit geringem Einkommen und/oder Migrationshintergrund zu tun, aber oftmals trifft es sich eben da und potenziert sich noch. Mehr Personal für weniger SuS wäre schon mal ein möglicher Ansatz...

Das meine ich eben auch. Die brauchen nicht in erster Linie 300,- Euro Schmerzens- oder Schweigegeld, **die brauchen echte Hilfe.**

Echte Hilfe wären eine deutliche Reduzierung des Stundensolls, eine deutliche Senkung der Klassengrößen, ein massiver Abbau der ausufernden Bürokratie, ja und auch mehr Sozialarbeiter, Lernhelper, Schulpsychologen usw. - nur für die ist dann ja wahrscheinlich kein Geld mehr da. 

Beitrag von „Lindbergh“ vom 2. Dezember 2017 02:12

Meine Einsicht zu dem Thema mag kontrovers sein, aber ich persönlich denke, dass eine Kürzung des Hartz-IV-Satzes sinnvoller als eine Erhöhung wäre. Hintergrund: Auch wenn es sicher nicht alle Erwerbslosen betrifft, so führt bei manchen die Höhe des Hartz-IV-Satzes doch zu einem verhängnisvollen Sicherheitsgefühl, weil man eben doch nicht direkt auf Null fällt,

wodurch manche Menschen, vlt. auch mit einem allgemein eher niedrigen Lebensstandard, es doch nicht mehr so eilig haben, so schnell wie möglich in Arbeit zu kommen. Wenn man jedoch so nah wie möglich an Vollbeschäftigung herankommen möchte, muss das Hartz-IV so niedrig ausfallen, dass man davon überleben und nicht (längere Zeit) davon leben kann. Es darf höchstens Überbrückungscharakter zwischen zwei Lebensphasen besitzen und muss den Betroffenen als Warnzeichen dienen, so schnell wie möglich wieder in Arbeit zu kommen - nicht erst in ein paar Wochen oder Monaten. Manche Leute kommen leider erst kurz vor knapp in die Puschen und da sendet Hartz-IV oftmals lieb gemeinte, aber falsch gedeutete Signale. Die Bequemlichkeit von Hartz-IV führt dazu, dass man sich irgendwann an den Lebensstandard gewöhnt und anfällig für Langzeitarbeitslosigkeit wird...

Beitrag von „Miss Jones“ vom 2. Dezember 2017 02:34

Leb mal in der Realität, ehe du solchen konzentrierten Blödsinn verzapfst.

Und dann lies mal das Grundgesetz.

Vor allem §§ 1 und 20.

Ungenügend, setzen. Bei solchem Gelaber frage ich mich echt, wie du überhaupt das Abitur schaffen konntest.

Das führt jetzt zwar vom Thema weg, aber was mit ALG II Empfängern teilweise gemacht wird, was gegen das *Grundgesetz* verstößt, und sie sich nur aus Unkenntnis darüber nicht massiv dagegen wehren, ist eine bodenlose Frechheit.

Zu deiner Information: Der ALG II Satz ist auf dem Niveau der sogenannten *Grundsicherung*. Diese soll zum Leben ausreichen (tut sie dank der steigenden Preise oft nicht). Diese auch noch zu kürzen verstößt gegen das Grundgesetz (da gibt es sogar mehrere Urteile des Bundesverfassungsgerichts zu, das letzte vom Sommer 2014). Insofern sind diverse Paragraphen der Sozialgesetzbücher schlicht unwirksam, aber die Regierung bekommt es schon seit Jahren nicht auf die Reihe, die mal umzuformulieren, und leider sind viele Leute sehr dumm und leichtgläubig...

Die wenigsten, die ALG II beziehen haben sich das "ausgesucht". Es gibt zig Gründe, arbeitslos zu werden - das fängt beim Arbeitsunfall an und endet bei der Betriebspleite. Und der Arbeitsmarkt ist alles andere als "toll" - es ist vielen Leuten wohl nicht klar, wieviele Jobs es zB gar nicht mehr gibt aufgrund von Automatisierung, technischer Weiterentwicklung, was auch immer. Im Umkehrschluss wäre die Konjunktur nur so positiv zu beeinflussen, wenn für "weniger" Arbeit *mehr* gezahlt wird. Es ist ein Unding, Familien zu sehen, in denen beide arbeiten, und die trotzdem kaum über die Runden kommen. "Arbeit" definiere ich als "eine Beschäftigung, durch die man genug Lohn/Gehalt erhält, um davon ordentlich leben zu können, keine Schulden machen zu müssen, eine Familie durchbringen zu können, regelmäßig Urlaub machen zu können, ohne auf äußere/staatliche Hilfe angewiesen zu sein". Ist das nicht der Fall, handelt es sich nicht um "Arbeit", sondern... naja, nenne es meinetwegen "Abzocke", was auch

immer.

Der Arbeitsmarkt gibt derzeit keine ausreichende Menge an echter Arbeit her, um die ALG II Phase nur als "Überbrückung" zu verstehen. Es wäre schön, wenn dem so wäre. Es entspricht aber nicht der Realität.

Und jetzt kommt so ein bornierter, realitätsfremder, offenbar nicht mal allein *lebensfähiger* Schlaubyschlumpf wie du daher und meint, ein ohnehin zu geringer Betrag, der durch das *Grundgesetz* gesichert ist, solle auch noch gekürzt werden... sorry, du hast echt nicht nur einen Knall nicht gehört.

Wander besser aus. In die USA zu Donald Duck. Der hat es ja mit "alternativen Fakten".

Beitrag von „icke“ vom 2. Dezember 2017 11:41

Zitat von sofawolf

Ich meine nur, mit mehr Geld wird ihnen der Arbeitsalltag kein bisschen leichter gemacht und das ist doch das, was gerade diese Kollegen brauchen, um den Schulalltag zu meistern (weniger Stundensoll, kleinere Klassen usw.-usf).

Das sehe ich in der Tat genauso! (Ich habe auch schon im Brennpunkt gearbeitet und bin letztlich "geflohen"... und ganz ehrlich: ich würde für kein Geld der Welt freiwillig zurückgehen!) Daher hier auch der Hinweis auf folgende Online-Petition:

[Gute Schule braucht Zeit! - Online-Petition](#)

Und die passende Demo dazu gibt es auch (6.12.,16:00 vor der Senatsbildungsverwaltung).

Beitrag von „Miss Jones“ vom 2. Dezember 2017 12:25

Alle Demos helfen nix, wenn die Demonstranten danach wieder falsch wählen.
Abgestimmt sollte per "Kreuzchen" werden...
...aber sowas lernt man ja nicht (mehr) in der Schule, oder?

Beitrag von „icke“ vom 2. Dezember 2017 13:25

Zitat von Miss Jones

Abgestimmt sollte per "Kreuzchen" werden...

Oh super! Endlich jemand der mir sagen kann, wen ich wählen muss, damit alles besser wird!
Und noch dazu ganz ohne, dass ich auf die Straße muss (iss' ja auch kalt jetze...)!
Sag doch mal: wer ist's, der mir die Wünsche von den Augen abliest?

(und am meisten fasziniert mich ja, dass du das noch in der Schule gelernt hast, wen du wählen musst...)

Beitrag von „frkoletta“ vom 2. Dezember 2017 14:08

Zitat von icke

(und am meisten fasziniert mich ja, dass du das in der noch in der Schule gelernt hast,
wen du wählen musst...)

Wenn du nicht zugezogen bist, dann hast du das doch auch noch gelernt. 😊

Beitrag von „icke“ vom 2. Dezember 2017 14:19

Zitat von frkoletta

Wenn du nicht zugezogen bist, dann hast du das doch auch noch gelernt.

Nee, hab ich nicht! (Aber zugezogen bin ich auch nicht...)

Beitrag von „Lord Voldemort“ vom 2. Dezember 2017 14:47

Zitat von sofwolf

Das habe ich an anderer Stelle gelesen (siehe Link). Das finde ich eigentlich gut.

Aber ich habe doch ein paar Fragen dazu:

1.) Wie verträgt sich das mit dem "gleichen Lohn für gleiche Arbeit"?

2.) Wie verträgt sich das mit der Argumentation, Lehrer bekämen ihr Gehalt nach Ausbildung nicht nach Leistung/Einsatz usw.?

3.) Inwiefern erleichtert das den Brennpunktlehrern (die meinen höchsten Respekt haben) die Arbeit? Oder soll es nur die individuelle Stundenreduzierung erleichtern (Teilzeit)?

4.) Wird das nicht neue Ungerechtigkeits-Debatten hervorrufen, wenn es an der Schule "nur" 65% Eltern mit geringem Familieneinkommen gibt statt 70%? (Und was ist, wenn eine Familie umzieht und man dadurch unter die 70%-Grenze sinkt?)

Ich glaube, Brennpunktlehrern hätte es besser gefallen und mehr geholfen, wenn sie statt der 300,- Euro Zulage eine **Senkung ihrer Stundenverpflichtung (z.B. um 2-4 Stunden) und eine deutliche Senkung der Klassengrößen (z.B. auf 18 Kinder)** und einen massiven Abbau der Bürokratie bekommen hätten, als dass sie künftig 5600,- statt 5300,- Euro brutto verdienen (Berlin, A 13, Erfahrungsstufe 5 bei Einstellung - wer's nicht glaubt, siehe Link).

Gibt es hier "Brennpunktlehrer"? Was sagt ihr?

Alles anzeigen

- 1) Tja, es wird Zeit, über diesen Grundsatz nachzudenken, er ist nämlich Schwachsinn - Wir leisten nicht alle das Gleiche.
- 2) Auch das muss sich ändern.
- 3) Gar nicht, es macht sie eventuell erträglicher.
- 4) Vermutlich.

Ich fände es gut, wenn die freie Marktwirtschaft wenigstens etwas Einzug in den Lehrerarbeitsmarkt halten würde.

Beitrag von „Mikael“ vom 2. Dezember 2017 16:34

Zitat von Miss Jones

Der Arbeitsmarkt gibt derzeit keine ausreichende Menge an echter Arbeit her, ...

Der Arbeitsmarkt gibt keine ausreichende Menge UNQUALIFIZIERTER oder NIEDRIG QUALIFIZIERTER Arbeit her. Und das wird dank der Automatisierung auch in Zukunft immer stärker der Fall sein. Alle anderen sollten etwas finden, wenn man räumliche und fachliche Flexibilität voraussetzt.

Man sollte das Hartz IV System aber trotzdem reformieren: Personen, die aus objektiven Gründen nicht arbeiten können (z.B. wegen einer Krankheit) oder die Jahrzehnte in die Sozialkassen / Steuerkassen eingezahlt haben, müssen besser gestellt werden als Personen, die z.B. noch niemals in die Sozialkassen / Steuerkassen eingezahlt haben oder die keine Lust haben, sich zu qualifizieren oder umzuziehen, um woanders eine Arbeit zu finden.

Gruß !

Beitrag von „Miss Jones“ vom 2. Dezember 2017 16:46

Da muss ich dir zumindest teilweise widersprechen, Mikael...

es gibt eine ganze Reihe durchaus qualifizierter Arbeitssuchender, die eben keinen Job finden - weil "die Arbeitgeber" eben nicht ordentlich bezahlen wollen. Es gibt leider Branchen, wo lieber mehrere "Hilfskräfte" eingestellt werden (die am besten auch nie Kritik üben oder auch nur Widerworte geben) als ein qualifizierter Mitarbeiter. Die Zeiten, wo auf dem "Amt" lauter ungelernte, un- oder wenig qualifizierte Leute auflaufen, sind Vergangenheit, da gibt es genug "Überqualifizierte", und wenn die keine Stelle als Vizearschnachträger vom Hilfsassistenten suchen, ist das nur logisch, die wollen ja von was leben.

Und - "umziehen um woanders eine Arbeit zu finden" - sorry, dafür sind soziale Kontakte viel zu wichtig in der heutigen Zeit, zumal dank Internet auch je nach Branche Arbeit unabhängig vom Ort geleistet werden kann.

"Angebote" an Arbeit, die bestenfalls schlechte Scherze sind, gibt es massig. MMn ist alles, wo derjenige, der "arbeitet" dann trotzdem staatliche Unterstützung braucht, um gerade einmal *grundversorgt* zu sein, keine Arbeit, gehört verboten, und derjenige, der sich erdreistet, so etwas "anzubieten" bräuchte mal einen ausgedehnten "Schwedenurlaub".

Beitrag von „Lindbergh“ vom 2. Dezember 2017 16:53

Mikael:

Zum ersten Teil: Eigentlich ist es eher so, dass gerade in den Bereichen, in denen geringe Qualifikationen genügen, hoher Bedarf an Arbeitskräften besteht, wobei dieser Bedarf aufgrund fehlender Fachkräfte nicht gestillt werden kann. Hintergrund hierfür liegt zum einen in den arbeitsmarktbedingten hohen Ansprüchen der potentiellen Fachkräfte (nach dem Motto "Ich kann zwar nichts, aber unter 20€/Stunde stehe ich nicht auf"), die oftmals an der Realität vorbeigehen, zum anderen an den fehlenden Soft Skills (z.B. Pünktlichkeit, Deutschkenntnisse, Umgangsfähigkeit mit anderen Menschen), die eine Stellenausübung trotz vorhandener Qualifikationen nicht möglich machen.

Zum anderen Teil: Sehe ich weitestgehend auch so. Wobei ich ja diejenigen, die wirklich nicht arbeiten können, stärker von denen, die nicht arbeiten wollen, stärker separieren würde. Erstere sollten eine Art Krankengeld, die Anderen sollten eine gekürzte Version vom Hartz-IV nur in Verbindung mit verpflichtenden sozialen Tätigkeiten (z.B. im Altenheim Senioren betreuen oder Straßenfegen etc.) erhalten. Von Geldzahlungen ohne Gegenleistung halte ich sehr wenig, da ich gerade diesen Umstand für einen der Hauptgründe für das Scheitern der Rückführung vieler Hartz-IV-Empfänger in den Arbeitsmarkt halte.

Beitrag von „Mikael“ vom 2. Dezember 2017 16:59

Zitat von Miss Jones

es gibt eine ganze Reihe durchaus qualifizierter Arbeitssuchender, die eben keinen Job finden - weil "die Arbeitgeber" eben nicht ordentlich bezahlen wollen. Es gibt leider Branchen, wo lieber mehrere "Hilfskräfte" eingestellt werden (die am besten auch nie Kritik üben oder auch nur Widerworte geben) als ein qualifizierter Mitarbeiter.

Wer sich nicht marktgerecht qualifiziert (Irgendwas mit "Medien" oder sich über Jahre von Zeitvertrag zu Zeitvertrag an der Uni hängt, bis er zu alt für den echten Arbeitsmarkt ist), der sollte die Schuld nicht zuerst bei der "bösen" Gesellschaft suchen und nach dem Grundeinkommen schreien...

Es gibt auch Bereiche, wo die Arbeitnehmer tatsächlich ausgenutzt werden, z.b. im Pflegebereich. Dann müssen sich die Personen dort organisieren und streiken, bis die Arbeitsbedingungen besser sind. Und ja, notfalls auch auf Kosten der Patienten. Wer sich aus idealistischen Gründen ausnutzen lässt, hat in unserem Wirtschaftssystem verloren, das ist Fakt. Und wer auf politische Veränderungen hofft, indem er immer wieder denselben leeren

Politikerversprechen glaubt (Pflege war ja wieder ein Topthema vor der Wahl, jetzt hört man nichts mehr davon... genauso wie bei der Bildung...), dem ist auch nicht mehr zu helfen. Wunschvorstellungen sind schon immer an der Realität gescheitert...

Zitat

Und - "umziehen um woanders eine Arbeit zu finden" - sorry, dafür sind soziale Kontakte viel zu wichtig in der heutigen Zeit, zumal dank Internet auch je nach Branche Arbeit unabhängig vom Ort geleistet werden kann.

Wenn jemand die Priorität auf seine "sozialen Kontakte" setzt anstatt auf eine auskömmliche Arbeitsstelle, soll er das machen. Aber warum muss die Gesellschaft diese persönliche Präferenzentscheidung vollumfänglich mitfinanzieren? Diese Vollkaskomentalität ist es, die diesen Staat langfristig ruinieren wird.

Gruß !

Beitrag von „Mikael“ vom 2. Dezember 2017 17:04

Zitat von Lehramtsstudent

Zum ersten Teil: Eigentlich ist es eher so, dass gerade in den Bereichen, in denen geringe Qualifikationen genügen, hoher Bedarf an Arbeitskräften besteht, wobei dieser Bedarf aufgrund fehlender Fachkräfte nicht gestillt werden kann. Hintergrund hierfür liegt zum einen in den arbeitsmarktbedingten hohen Ansprüchen der potentiellen Fachkräfte (nach dem Motto "Ich kann zwar nichts, aber unter 20€/Stunde stehe ich nicht auf"), die oftmals an der Realität vorbeigehen,

Dieser Bereich wird in wenigen Jahren gnadenlos wegrationalisiert werden. Kein Arbeitgeber wird 20€ für eine niedrig qualifizierte Tätigkeit zahlen, wenn es anders geht. McDonalds z.B. testet in den USA vollautomatisierte Restaurants. China kauft momentan weltweit die meisten Fertigungsroboter und automatisiert seine Fabriken. Selbst dort wird man mit dem Zusammenkleben von iPhones bald kein Geld mehr verdienen können...

Nur weil in Deutschland aufgrund der Entwicklungen der letzten Jahre ein großer Niedriglohnsektor entstehen soll, sollte man den globalen Trend nicht aus den Augen verlieren...

Gruß !

Beitrag von „Miss Jones“ vom 2. Dezember 2017 17:05

Weil wir eben ein *Sozialstaat* sind, Mikael.

Steht so im GG.

Gefällt dir nicht? Wander aus.

Beim Pflegebereich hast du btw Recht - ich gehe so weit zu sagen, wer in Deutschland freiwillig einen Job im Pflegesektor macht, ist geisteskrank - denn das Helfersyndrom ist eine anerkannte Geisteskrankheit. Wer dort arbeitet, ist spätestens in den 40ern psychisch wie physisch kaputt, und konnte nicht genug auf die Seite legen...

So ein Streik wäre wunderbar. A la "doppelter Lohn ab morgen, oder wir lassen euch verrecken". Das hätte der Pflegebereich mal nötig.

Aber dazu haben die meisten in dem Sektor zu wenig Arsch in der Hose und solange nur ein Streikbrecher da ist... wird das nix.

Mal eine ganz wichtige Denke, die einige immer noch nicht geschnallt haben:

Man lebt nicht, um zu arbeiten.

Andersherum *kann* das funktionieren, aber nicht so, wie es derzeit schiefläuft.

Beitrag von „Mikael“ vom 2. Dezember 2017 17:14

Zitat von Miss Jones

Weil wir eben ein *Sozialstaat* sind, Mikael.

Steht so im GG.

Richtig. Und es lohnt sich den Artikel 20 GG einmal vollständig zu zitieren, bevor er vergessen wird:

Zitat

- (1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
- (2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
- (3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
- (4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle

Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Gruß !

Beitrag von „Miss Jones“ vom 2. Dezember 2017 17:21

Sehr richtig.

Also muss man sich gegen einige wenige, die den Hals nicht voll bekommen, auf ihrem (geerbten/ergaunerten/steuerhinterzogenen/fillintheblank) Kapital sitzen und meinen, sie dürfen den Rest ausbeuten, eben wehren. Vorzugsweise durch entsprechende Gesetze.

Beitrag von „Morse“ vom 2. Dezember 2017 18:48

Zitat von Miss Jones

Sehr richtig.

Also muss man sich gegen einige wenige, die den Hals nicht voll bekommen, auf ihrem (geerbten/ergaunerten/steuerhinterzogenen/fillintheblank) Kapital sitzen und meinen, sie dürfen den Rest ausbeuten, eben wehren. Vorzugsweise durch entsprechende Gesetze.

Es verhält sich meiner Meinung nach genau umgekehrt!

Die "entsprechenden Gesetze" ermöglichen doch erst dieses Kapital und schützen es.

(Oder wie Heinrich Heine bzgl. der "Wanderratten" spöttelnd sagt: "Die Bürgerschaft greift zu den Waffen / Die Glocken läuten die Pfaffen / Gefährdet ist das Palladium / Des sittlichen Staats, das Eigentum)

Die Entwicklung der Vermögensverteilung ist kein Zufall oder eine Art "Betriebsunfall" des Kapitalismus, sondern dieser Produktionsweise immanent.

Dass diese Ausbeutung ausgerechnet derjenige Abschaffen soll, der sie bisher durchgesetzt hat - das halte ich schon für einen Denkfehler.

Nehmt doch mal den Staat wie er tatsächlich ist, wie ihr ihn kennt, was man täglich in der Zeitung liest oder selbst erlebt - anstatt immer von einem Ideal auszugehen und die realen Abweichungen davon für einen Unfall zu halten.

Beitrag von „Miss Jones“ vom 2. Dezember 2017 18:59

Zitat von Morse

Es verhält sich meiner Meinung nach genau umgekehrt! Die "entsprechenden Gesetze" ermöglichen doch erst dieses Kapital und schützen es.

(Oder wie Heinrich Heine bzgl. der "Wanderratten" spöttelnd sagt: "Die Bürgerschaft greift zu den Waffen / Die Glocken läuten die Pfaffen / Gefährdet ist das Palladium / Des sittlichen Staats, das Eigentum")

Die Entwicklung der Vermögensverteilung ist kein Zufall oder eine Art "Betriebsunfall" des Kapitalismus, sondern dieser Produktionsweise immanent.

Dass diese Ausbeutung ausgerechnet derjenige Abschaffen soll, der sie bisher durchgesetzt hat - das halte ich schon für einen Denkfehler.

Nehmt doch mal den Staat wie er tatsächlich ist, wie ihr ihn kennt, was man täglich in der Zeitung liest oder selbst erlebt - anstatt immer von einem Ideal auszugehen und die realen Abweichungen davon für einen Unfall zu halten.

Ich glaube du erkennst den Ernst der Lage.

Wenn "derjenige, der sie durchgesetzt hat" das nicht sehr bald "abschafft", wird es abgeschafft - und er gleich mit. Das wird unschön. Ich hätte das lieber friedlich...

Es ist der blanke Hohn, wenn immer von "Wirtschaftswachstum" schwadroniert wird, aber niemand wirklich etwas davon merkt, außer einigen wenigen, die sowieso schon viel zu viel bekommen (ich sage bewußt nicht "verdienen", denn verdienen tun die mindestens eine Tracht Prügel täglich).

Einige "oben" haben das schon erkannt... bspw. Götz Werner, Chef von dm. Ob du so etwas nun "Bedingungsloses Grundeinkommen", "Bürgergeld" oder sonstwie nennst, aber sowas *muss* kommen, und zwar sehr bald, sonst "kommt" stattdessen Bürgerkrieg.

Was ist dir lieber?

Beitrag von „Krabappel“ vom 2. Dezember 2017 19:05

Miss Jones, hörst du dir eigentlich manchmal selber zu?

Beitrag von „Morse“ vom 2. Dezember 2017 19:15

Zitat von Miss Jones

Ich glaube du erkennst den Ernst der Lage. Wenn "derjenige, der sie durchgesetzt hat" das nicht sehr bald "abschafft", wird es abgeschafft - und er gleich mit. Das wird unschön. Ich hätte das lieber friedlich...

Es ist der blanke Hohn, wenn immer von "Wirtschaftswachstum" schwadroniert wird, aber niemand wirklich etwas davon merkt, außer einigen wenigen, die sowieso schon viel zu viel bekommen (ich sage bewußt nicht "verdienen", denn verdienen tun die mindestens eine Tracht Prügel täglich).

Einige "oben" haben das schon erkannt... bspw. Götz Werner, Chef von dm. Ob du so etwas nun "Bedingungsloses Grundeinkommen", "Bürgergeld" oder sonstwie nennst, aber sowas *muss* kommen, und zwar sehr bald, sonst "kommt" stattdessen Bürgerkrieg.

Was ist dir lieber?

Ich verstehe Deinen Beitrag nicht ganz und würde die einzelnen Punkte am liebsten nochmals genauer abklopfen, wenn Du auch magst?

Verstehe ich das richtig, dass mich fragst, ob ich lieber weiterhin im Kapitalismus mit Ausbeutung usw. leben möchte oder statt dessen in einem Bürgerkrieg? Den "Bürgerkrieg" müsstest Du mir erklären.

Beitrag von „Miss Jones“ vom 2. Dezember 2017 19:25

Zitat von Morse

Ich verstehe Deinen Beitrag nicht ganz und würde die einzelnen Punkte am liebsten nochmals genauer abklopfen, wenn Du auch magst?

Verstehe ich das richtig, dass mich fragst, ob ich lieber weiterhin im Kapitalismus mit Ausbeutung usw. leben möchte oder statt dessen in einem Bürgerkrieg? Den "Bürgerkrieg" müsstest Du mir erklären.

Du hast es wohl wirklich nicht verstanden.

Die Frage ist "Fändest du es besser, die wenigen Überreichen geben ihr unverdientes 'Vermögen' freiwillig her, und wir bauen einen sozial gerechten Staat, oder wartest du lieber

drauf, wann es knallt (wird nicht mehr allzu lange dauern)?"

Die Option "weiter wie bisher" steht nicht wirklich zur Debatte.

Was muss ich denn daran erklären, was ist daran nicht zu verstehen? Wenn es den Leuten schlecht genug geht - und das ist schon überschritten - werden die sich nehmen, was sie brauchen. Dann brauchst du keine RAF mehr. Ich finde diese Vorstellung nicht schön, aber durchaus realistisch, wenn "oben" nicht ganz schnell ein drastisches Umdenken stattfindet. Dieser "Staat" lebt doch nur noch von der Feigheit, Faulheit und Bequemlichkeit der "Masse". Wäre hier Frankreich, hätte der Reichstag schon dreimal gebrannt.

Vielleicht muss erst alles zusammenbrechen, damit etwas neues entstehen kann.

Vielleicht.

Wenn es anders geht, würde ich das befürworten.

Aber das verlangt vor allem die Bereitschaft der "Absahner", zu erkennen, die eigentlichen "Sozialschmarotzer" zu sein, und der Gesellschaft das Zukommen zu lassen, was diese im Endeffekt erwirtschaftet hat.

Beitrag von „Morse“ vom 2. Dezember 2017 19:44

Miss Jones, wieder verstehe ich manches in Deinem Beitrag nicht, aber versuche trotzdem auf das, was ich verstehe, einzugehen:

Natürlich fände ich es besser, wenn es einen sozial gerechten Staat gäbe und keine Ausbeutung usw. - wer nicht?

Die Option "weiter wie bisher" steht meines Erachtens auch nicht zur Debatte - insofern, dass es einfach "wie bisher" weiter gehen wird, wenn die Ausbeuter das wollen - auch wenn die Ausgebeuteten das nicht wollen. Das Verhältnis beider Gruppen zeichnet sich ja überhaupt dadurch aus, dass die eine Macht über die andere hat, über sie herrscht.

Ich stimme Dir also in dem Punkt nicht zu, dass der Kapitalismus akut bedroht wäre von einem "Bürgerkrieg" bzw. einer Revolution der Armen (so habe ich Dich verstanden).

Zum "Bedingungslosen Grundeinkommen" möchte ich noch sagen, dass es schon einen Grund hat, warum sich derzeit große Unternehmer und Wirtschaftsverbände - ausgerechnet! - für das BGE stark machen. Aber ganz sicher keine Nächstenliebe...

Du hast die RAF erwähnt.

Die RAF hat sich nicht (ich paraphrasiere) "genommen was sie braucht" - wie die Armen das in dem Deiner Meinung nach drohenden Bürgerkrieg tun würden.

Die RAF hatte einen großen Denkfehler, nämlich den, dass man den Kapitalismus damit bekämpft, dass man einzelne quasi-Stellvertreter dieses Systems ermordet - aber so ein

System (!) kann man eben nicht einfach erschießen wie einen Menschen.

Beitrag von „Lord Voldemort“ vom 2. Dezember 2017 20:58

Zitat von Miss Jones

Du hast es wohl wirklich nicht verstanden. Die Frage ist "Fändest du es besser, die wenigen Überreichen geben ihr unverdientes 'Vermögen' freiwillig her, und wir bauen einen sozial gerechten Staat, oder wartest du lieber drauf, wann es knallt (wird nicht mehr allzu lange dauern)?"

Die Option "weiter wie bisher" steht nicht wirklich zur Debatte.

Was muss ich denn daran erklären, was ist daran nicht zu verstehen? Wenn es den Leuten schlecht genug geht - und das ist schon überschritten - werden die sich nehmen, was sie brauchen. Dann brauchst du keine RAF mehr. Ich finde diese Vorstellung nicht schön, aber durchaus realistisch, wenn "oben" nicht ganz schnell ein drastisches Umdenken stattfindet. Dieser "Staat" lebt doch nur noch von der Feigheit, Faulheit und Bequemlichkeit der "Masse". Wäre hier Frankreich, hätte der Reichstag schon dreimal gebrannt.

Vielleicht muss erst alles zusammenbrechen, damit etwas neues entstehen kann.

Vielleicht.

Wenn es anders geht, würde ich das befürworten.

Aber das verlangt vor allem die Bereitschaft der "Absahner", zu erkennen, die eigentlichen "Sozialschmarotzer" zu sein, und der Gesellschaft das Zukommen zu lassen, was diese im Endeffekt erwirtschaftet hat.

Jou, genau. Zu viel in der roten Flora mit den Antifa-Spackos rumgehangen?

Beitrag von „frkoletta“ vom 3. Dezember 2017 09:48

Zitat von Morse

Die Entwicklung der Vermögensverteilung ist kein Zufall oder eine Art "Betriebsunfall"

des Kapitalismus, sondern dieser Produktionsweise immanent.

Dass diese Ausbeutung ausgerechnet derjenige Abschaffen soll, der sie bisher durchgesetzt hat - das halte ich schon für einen Denkfehler.

Nehmt doch mal den Staat wie er tatsächlich ist, wie ihr ihn kennt, was man täglich in der Zeitung liest oder selbst erlebt - anstatt immer von einem Ideal auszugehen und die realen Abweichungen davon für einen Unfall zu halten.

Schöne halbwegs aktuelle Zusammenfassung für den nicht Fachmann ist übrigens EGO von Frank Schirrmacher.

Beitrag von „Landlehrer“ vom 3. Dezember 2017 14:11

Manche Beiträge erinnern mich an den AStA während meines Studiums in den 70er Jahren, bevor dieser linke Sumpf in Bayern trockengelegt wurde. Als Beamter Gruppen wie die RAF oder einen Bürgerkrieg als notwendiges Übel anzusehen ist harter Tobak.

Beitrag von „Morse“ vom 4. Dezember 2017 20:56

Zitat von Landlehrer

Manche Beiträge erinnern mich an den AStA während meines Studiums in den 70er Jahren, bevor dieser linke Sumpf in Bayern trockengelegt wurde. Als Beamter Gruppen wie die RAF oder einen Bürgerkrieg als notwendiges Übel anzusehen ist harter Tobak.

Inwiefern "trockengelegt"? Ich dachte diese Generation sei lange durch die Institutionen marschiert und nun z.B. Ministerpräsident in B.-W.! 😊

Beitrag von „Lindbergh“ vom 4. Dezember 2017 22:00

Ich dachte, Herr Kretschmann kommt aus dem konservativen Flügel der Grünen, doch nicht? Da hätte ich eher Angst vor einer nicht immer ganz realitätsnahen Claudia Roth oder einem nicht

unerheblichen Teil der Grünen Jugend, die am liebsten die deutsche Fahne verbieten würden.

Beitrag von „Landlehrer“ vom 4. Dezember 2017 22:17

Zitat von Wikipedia

Winfried Kretschmann besuchte nach der Volksschule in Zwiefalten-Sonderbuch ein katholisches Internat in Riedlingen, danach bis zum Abitur 1968 ein Gymnasium in Sigmaringen. In seiner Jugend war er Oberministrant. Während seiner Internatszeit gab er den Wunsch auf, Priester zu werden.

Nach dem Grundwehrdienst studierte er an der Universität Hohenheim von 1970 bis 1975 Biologie und Chemie (später noch Ethik) für das Lehramt an Gymnasien und legte 1977 das zweite Staatsexamen ab. Wegen zweier Kandidaturen zum Studentenkonvent, 1972 für die „Kommunistische Studentengruppe / Marxisten-Leninisten“ und 1973 auf der Plattform des „Sozialistischen Zentrums“ und der „Kommunistischen Hochschulgruppe“ (KHG), drohte ihm jedoch aufgrund des so genannten Radikalenerlasses ein Berufsverbot. Die Kandidaturen hatte der Verfassungsschutz dem Oberschulamt gemeldet.

Beitrag von „Lindbergh“ vom 4. Dezember 2017 22:22

Landlehrer: Gut, ist ein Punkt. Aber: Auch diese Generation lebte ja nach den 70er Jahren irgendwie weiter. Hat sich besagter Herr in irgendeiner Form *nach* den 70er Jahren noch irgendwie auffällig verhalten, gerade im Schuldienst? Wenn dem nicht der Fall war, wäre ich da ehrlich gesagt nicht ganz so streng 😊 ... Nach dem Motto: jung und unerfahren!

Beitrag von „Morse“ vom 5. Dezember 2017 17:10

Zitat von Lehramtsstudent

Landlehrer: Gut, ist ein Punkt. Aber: Auch diese Generation lebte ja nach den 70er Jahren irgendwie weiter. Hat sich besagter Herr in irgendeiner Form *nach* den 70er Jahren noch irgendwie auffällig verhalten, gerade im Schuldienst? Wenn dem nicht der Fall war, wäre ich da ehrlich gesagt nicht ganz so streng  ... Nach dem Motto: jung und unerfahren!

Der Witz der Story ist ja der, dass sich Kretschmann, als jmd. der nur Haarscharf und aufgrund seiner Prominenz dem Berufsverbot entging, sich später stets gegen die Aufarbeitung solcher Fälle und weiterhin für das Berufsverbot eingesetzt hat, das er früher so kritisiert hatte.

(Hier einer von vielen Artikeln zum Thema, falls es jmd. näher wissen möchte:
<http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.radikal...625e7d416b.html>)

Polemik: Hauptsache man kann in Baden-Württemberg auch als ehemaliger Nazi-Richter (mit zuerst vergessenen und danach gerechtfertigen Todesurteilen) Ministerpräsident werden. Da bestanden keine Zweifel an der Verfassungstreue 

Beitrag von „Meerschwein Nele“ vom 6. Dezember 2017 10:51

Zitat von Lehramtsstudent

Landlehrer: Gut, ist ein Punkt. Aber: Auch diese Generation lebte ja nach den 70er Jahren irgendwie weiter. Hat sich besagter Herr in irgendeiner Form *nach* den 70er Jahren noch irgendwie auffällig verhalten, gerade im Schuldienst? Wenn dem nicht der Fall war, wäre ich da ehrlich gesagt nicht ganz so streng  ... Nach dem Motto: jung und unerfahren!

Kann man zumindest drüber Reden. Immerhin wurde auch ein Hilbert Meyer, nachdem er nach seinem Referendariat vermutlich aufgrund seiner Verfassungsferne aus dem Schuldienst entfernt wurde, der deutsche Didaktikpapst. Warum auch immer.

Beitrag von „Meerschwein Nele“ vom 6. Dezember 2017 10:53

Zitat von Morse

Der Witz der Story ist ja der, dass sich Kretschmann, als jmd. der nur Haarscharf und aufgrund seiner Prominenz dem Berufsverbot entging, sich später stets gegen die Aufarbeitung solcher Fälle und weiterhin für das Berufsverbot eingesetzt hat, das er früher so kritisiert hatte.

Das ist durchaus typisch für das Verhalten der 68er-Elite, nachdem sie erst einmal ihre Pfründe sicher hatten. Man betrachte nur die politische Entwicklung des ehemaligen Innenministers Schily.

Beitrag von „Das Pangolin“ vom 2. Januar 2018 18:48

Nun wird es konkret:

Zitat von Zitat

Berlin will Lehrer an Brennpunktschulen künftig besserstellen - offen ist, ob mit Prämien oder Entlastungen

Im Gespräch ist eine Zulage von 200 bis 400 Euro brutto im Monat. Oder eine Arbeitsentlastung von ein bis zwei Unterrichtsstunden pro Woche.

(Link in Überschrift)

Meine Meinung ist ja bekannt.

Mehr Geld hilft uns gar nicht. Hätten wir zu wenig, ja, dann wäre das erstmal nötig. So ist es aber nicht. Bitte, liebe Politik, triff mal eine kluge Entscheidung. Gewähre Entlastung! Eine Arbeitsstunde weniger ist wenig, ja, aber es ist ein Schritt in die richtige Richtung !!!

Wie wissen die mehr Geld zu rechtfertigen, die immer für gleichen Lohn für gleiche Arbeit plädieren und sagen, es gäbe keine wesentlichen Unterschied zwischen Schulen und Schularten?

Würde mich mal interessieren?

Beitrag von „Lindbergh“ vom 2. Januar 2018 18:58

Der ganze berliner Staatsapparat hat riesige Lücken - das erkennt man auch wieder an den aktuellen Schlagzeilen um die eine berliner JVA, wo mal eben mehrere Häftlinge ausbrachen, weil die personellen und baulichen Ressourcen mehr als nur ein schlechter Witz dort sind. Da gäbe es also deutlich mehr Baustellen als nur das Gehalt von Lehrern an berliner Brennpunktschulen (die aufgrund der desolaten berliner Bildungspolitik scheinbar auch immer mehr statt weniger werden).